H 13614

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

2003	Ausgegeben zu Wiesbaden am 23. Juli 2003	Nr. 12

Tag	Inhalt	Seite
15. 7. 03	**Siebtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes** ..... *Ändert GVBl. II 12-11, 12-8*	202
15. 7. 03	**Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Altenpflegegesetzes** ..... *Ändert GVBl. II 353-48*	205
8. 7. 03	Verordnung zur Ausführung von Vorschriften über den Arbeitsschutz ..... *GVBl. II 91-47; hebt auf GVBl. II 34-23, 350-82; ändert GVBl. II 351-35; hebt auf GVBl. II 351-36, 512-83, 513-1, 513-3, 513-4, 513-6, 513-7, 513-8, 513-9, 513-12, 61-48, 801-6; ändert GVBl. II 801-7; hebt auf GVBl. II 90-8, 90-11, 91-14, 91-16, 91-20, 91-23, 91-24, 91-25, 91-28, 91-30, 91-32, 91-34, 91-36, 91-38, 91-44, 91-45; ändert GVBl. II 920-5; hebt auf GVBl. II 922-12, 922-16, 924-24, 924-25, 924-26, 924-27; ändert GVBl. II 801-8*	206
8. 7. 03	Vierte Verordnung zur Änderung der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Sozialministeriums ..... *Ändert GVBl. II 305-50*	214
20. 6. 03	Zweite Verordnung zur Änderung der Kurbeitragsordnung für die Hessischen Staatsbäder ..... *Ändert GVBl. II 305-48*	221
4. 7. 03	Zweite Verordnung zur Änderung der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz ..... *Ändert GVBl. II 41-22*	223
8. 7. 03	Verordnung zur Änderung der Verordnung über pauschale Investitionszuweisungen zum Bau von Abwasseranlagen ..... *Ändert GVBl. II 85-57*	228
16. 7. 03	Anordnung über die Zuständigkeit zur Berufung von Bundesbediensteten als Beisitzer der Fachkammern (Fachsenate) nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz ..... *GVBl. II 212-16*	230

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Siebtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes*)

Vom 15. Juli 2003

Artikel 1[1])

Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes

Das Hessische Abgeordnetengesetz vom 18. Oktober 1989 (GVBl. I S. 261), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juni 1999 (GVBl. I S. 330), wird wie folgt geändert:

1. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Grundentschädigung

(1) Ein Mitglied des Landtags erhält eine Grundentschädigung. Diese beträgt ab 1. Juli 2003 monatlich 6490 Euro. Davon wird 12-mal im Jahr der steuerpflichtige Auszahlungsbetrag nach Abs. 2 gezahlt, soweit nicht Anrechnungen oder andere einschränkende Maßnahmen entgegenstehen.

(2) Der Auszahlungsbetrag der Grundentschädigung nach Abs. 1 vermindert sich in Ansehung der zu den Kosten in Pflegefällen nach § 16 gewährten Zuschüsse vom 1. Januar 1995 an um ein Dreihundertfünfundsechzigstel. Er beträgt ab 1. Juli 2003 monatlich 6472 Euro. Der Präsident des Landtags und die Fraktionsvorsitzenden erhalten zudem eine ebenfalls steuerpflichtige, nicht versorgungsfähige Amtszulage in Höhe eines steuerpflichtigen Auszahlungsbetrages von 3236 Euro, die Vizepräsidenten in Höhe eines steuerpflichtigen Auszahlungsbetrages von 1618 Euro. Auch diese Amtszulagen werden 12-mal im Jahr gezahlt.

(3) Die Grundentschädigung nach Abs. 1 und die Auszahlungsbeträge nach Abs. 2 werden zum 1. Juli 2004, 1. Juli 2005, 1. Juli 2006 und zum 1. Juli 2007 nach jeweiliger Zustimmung des Hessischen Landtags an die Einkommensentwicklung angepasst, die jeweils vom Juli des abgelaufenen Jahres gegenüber dem Juli des vorangegangenen Jahres eingetreten ist. Maßstab für die Anpassung ist die prozentuale Veränderung einer gewogenen Maßzahl der Einkommensentwicklung in Hessen, die sich zusammensetzt aus

1. dem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter im Produzierenden Gewerbe mit einem Anteil von 29,20 vom Hundert,
2. dem Monatslohn einer Arbeiterin oder eines Arbeiters der Endstufe der Lohngruppe 5 (ohne Kinder) nach dem Manteltarifvertrag für Arbeiterinnen und Arbeiter des Bundes und der Länder mit einem Anteil von 1,03 vom Hundert,
3. dem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst der Angestellten im Produzierenden Gewerbe, im Handel sowie im Kredit- und Versicherungsgewerbe in Hessen mit einem Anteil von 58,42 vom Hundert,
4. der Bruttomonatsvergütung einer oder eines verheirateten Angestellten (ohne Kinder) der Vergütungsgruppe III des Bundes-Angestelltentarifvertrages (Vergütung für Länder) in der höchsten Lebensaltersstufe mit einem Anteil von 4,44 vom Hundert,
5. den Bruttomonatsbezügen einer verheirateten Beamtin oder eines verheirateten Beamten (ohne Kinder) der Besoldungsgruppe A 12 in der höchsten Stufe mit einem Anteil von 6,91 vom Hundert.

Die prozentuale Veränderung der nach Satz 2 ermittelten Maßzahl der Einkommensentwicklung teilt das Hessische Statistische Landesamt bis 1. März 2004, 1. März 2005, 1. März 2006 und 1. März 2007 dem Präsidenten des Landtags für seinen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigungen mit."

2. § 6 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
   a) Nr. 3 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 2 wird die Angabe „nach Reisekostenstufe I" gestrichen.
      bb) In Satz 4 wird die Angabe „75 Deutsche Mark" durch die Angabe „38,35 Euro" ersetzt.
   b) Nr. 5 wird wie folgt geändert:
      aa) In Satz 2 wird die Angabe „in Höhe von 950 Deutsche Mark" gestrichen.
      bb) Als Satz 3 wird eingefügt:
      „Diese beträgt ab 1. Juli 2003 517 Euro."
      cc) Die Sätze 3 bis 5 werden Sätze 4 bis 6.

3. In § 7 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „42 Pfennige" durch die Angabe „ab 1. Januar 2002 0,30 Euro" ersetzt.

[1]) Ändert GVBl. II 12-11

4. In § 9 Abs. 1 wird die Angabe „1999 monatlich 11 550 Deutsche Mark" durch die Angabe „2003 monatlich 6 472 Euro" ersetzt.

5. § 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11

Höhe der Altersentschädigung

Die Altersentschädigung beträgt 27,75 vom Hundert der Grundentschädigung. Für jedes weitere Jahr der Mitgliedschaft über sechs Jahre beträgt die Altersentschädigung 2,75 vom Hundert, insgesamt jedoch höchstens 71,75 vom Hundert."

6. In § 13 Abs. 1 Satz 2 wird die Zahl „75" durch die Zahl „71,75" ersetzt.

7. In § 21 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 sowie in Abs. 2 wird jeweils die Zahl „75" durch die Zahl „71,75" ersetzt.

8. § 24 Abs. 3 wird gestrichen.

9. § 38 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Die Entschädigung nach § 5 des Hessischen Abgeordnetengesetzes in der Fassung vom 5. November 1985 (GVBl. I S. 200) verändert sich nach dem 30. Juni 2003 nach Maßgabe des § 38a, des Weiteren jeweils um denselben Vomhundertsatz, um den die Grundentschädigung nach § 5 Abs. 1 dieses Gesetzes angepasst wird. Die verminderten Entschädigungsbeträge sind Berechnungsgrundlage für die Ruhensregelungen."

10. Nach § 38 wird folgender § 38a eingefügt:

„§ 38a

Übergangsregelungen zu der ab 1. Juli 2003 geänderten Altersentschädigung und Hinterbliebenenversorgung

(1) Vor dem 1. Juli 2003 entstandene Versorgungsansprüche nach diesem Gesetz und ihr Ruhen regeln sich nach dem bis zum 30. Juni 2003 geltenden Recht mit folgenden Maßgaben:

Ab der ersten auf den 30. Juni 2003 folgenden Anpassung der Grundentschädigung nach § 5 Abs. 1 dieses Gesetzes werden die bei der Berechnung der Versorgung und ihrem Ruhen zugrunde liegende Grundentschädigung, Entschädigung und das Ruhegeld bis zur siebten Anpassung durch einen Anpassungsfaktor nach Maßgabe der folgenden Tabelle vermindert:

Anpassung nach dem 30. Juni 2003	Anpassungsfaktor
1.	0,99458
2.	0,98917
3.	0,98375
4.	0,97833
5.	0,97292
6.	0,96750
7.	0,96208
8.	0,95667

(2) Abs. 1 gilt auch für Mitglieder des Landtags, die bis zum Ende der 15. Wahlperiode ausgeschieden sind, wenn der Versorgungsfall ab dem 1. Juli 2003 bis zur achten auf den 30. Juni 2003 folgenden Anpassung der Grundentschädigung nach § 5 Abs. 1 dieses Gesetzes eintritt.

(3) Diese verminderte Grundentschädigung, Entschädigung und dieses verminderte Ruhegeld gelten mit der achten auf den 30. Juni 2003 folgenden Anpassung mit dem in der vorstehenden Tabelle angegebenen achten Anpassungsfaktor als neu festgesetzt. Sie sind ab dem Tag der achten Anpassung der Berechnung der Versorgung und Hinterbliebenenversorgung sowie als Berechnungsgrundlage den Ruhensregelungen und zukünftigen Anpassungen zugrunde zu legen. Entsprechend gelten sodann in den Fällen des § 21 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 für das Ruhen die unverminderten ruhegehaltfähigen Amts- oder Dienstbezüge mit dem in der vorstehenden Tabelle angegebenen achten Anpassungsfaktor als vermindert.

(4) Bei der Anwendung des § 19 Abs. 1 Satz 2 sind die ruhegehaltfähigen Amts- oder Dienstbezüge maßgebend, die jeweils beim Bezug von Verwendungseinkommen als Höchstgrenze nach § 53 Abs. 2 des Beamtenversorgungsgesetzes gelten würden."

Artikel 2[2])

Änderung des Abgeordnetenentschädigungsgesetzes

Das Abgeordnetenentschädigungsgesetz (AbgEG) vom 9. Juli 1973 (GVBl. I S. 234), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Januar 1998 (GVBl. I S. 26), wird wie folgt geändert:

§ 11a Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Für das Ruhegeld und die Hinterbliebenenversorgung sind § 38 Abs. 5 Satz 1 und § 38a des Hessischen Abgeordnetengesetzes vom 18. Oktober 1989

[2]) Ändert GVBl. II 12-8

(GVBl. I S. 261), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 2003 (GVBl. I S. 202), entsprechend anzuwenden."

Artikel 3

In-Kraft-Treten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 2003 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 15. Juli 2003

Der Hessische Ministerpräsident

Koch

Der Hessische Minister der Finanzen

Weimar

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Altenpflegegesetzes*)

Vom 15. Juli 2003

Artikel 1

Das Hessische Altenpflegegesetz vom 12. Dezember 1997 (GVBl. I S. 452), geändert durch Gesetz vom 28. September 2000 (GVBl. I S. 483), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 Nr. 3 Satz 2 wird aufgehoben.
2. § 8a Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

   „(4) Die Ausbildung nach Abs. 1 wird in Altenpflegeschulen nach § 4 Abs. 4 durchgeführt. Zur Ausbildung kann zugelassen werden, wer gesundheitlich zur Ausübung des Berufs geeignet ist und über den Hauptschulabschluss oder einen gleichwertigen Bildungsstand verfügt. § 8 gilt entsprechend."
3. In § 13 Abs. 1 Nr. 1 werden nach dem Wort „Form" die Worte „auf der Grundlage des Rahmenlehrplans" eingefügt.
4. § 24 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
   a) In Satz 1 werden nach den Worten „dieses Gesetzes" die Worte „und des Altenpflegegesetzes vom 17. November 2000 (BGBl. I S. 1513)" eingefügt.
   b) In Satz 2 werden die Worte „nach diesem Gesetz" gestrichen.
5. § 28 wird wie folgt geändert:
   a) Der bisherige Wortlaut wird Abs. 1.
   b) Nach Abs. 1 wird folgender Abs. 2 angefügt:

      „(2) Die Vorschriften der Abschnitte 1, 2, 4 und 7 gelten ab 1. August 2003 für die Ausbildung in der Altenpflege nur, soweit Lehrgänge bis zum 31. Juli 2003 begonnen haben. Abweichend hiervon ist der Rahmenlehrplan nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 für alle Lehrgänge verbindlich, die ab 1. August 2003 beginnen. Die Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung richtet sich für Lehrgänge nach Satz 1 nach § 29 Abs. 2 Satz 2 des Altenpflegegesetzes. Für Lehrgänge, die ab 1. August 2003 beginnen, gelten die entsprechenden Vorschriften des Altenpflegegesetzes. § 5 Abs. 3 gilt auch für diese Lehrgänge."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am 1. August 2003 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 15. Juli 2003

Der Hessische Ministerpräsident

Koch

Die Hessische Sozialministerin

Lautenschläger

*) Ändert GVBl. II 353-48

Verordnung zur Ausführung von Vorschriften über den Arbeitsschutz

Vom 8. Juli 2003

Artikel 1[1])

Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, der Sicherheitstechnik, der Produktsicherheit und des Medizinprodukterechts (Arbeitsschutzzuständigkeitsverordnung - ArbSchZV)

Aufgrund des

§ 139b Abs. 1 Satz 1 und des § 155 Abs. 2 der Gewerbeordnung in der Fassung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 203), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970),

§ 10 Abs. 1 Satz 2, der §§ 11, 12 Abs. 2 Satz 3, des § 22 Abs. 1, § 23 Abs. 1 Satz 3 und des § 28 des Gesetzes über den Ladenschluss in der Fassung vom 2. Juni 2003 (BGBl. I S. 745),

§ 46 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. a, § 55 Abs. 1, 3 und 4 Satz 2 und § 56 Abs. 3 Satz 2 des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1983),

§ 36 Abs. 1 Satz 1 des Sprengstoffgesetzes in der Fassung vom 10. September 2002 (BGBl. I S. 3519), geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970),

§ 4 Abs. 1 des Fahrpersonalgesetzes in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 641), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3762),

§ 9 Abs. 3 Satz 1 des Mutterschutzgesetzes in der Fassung vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 2319),

§ 18 Abs. 1 Satz 3 des Bundeserziehungsgeldgesetzes in der Fassung vom 7. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3359),

§ 3 Abs. 2, der §§ 6, 7, 9, 23 und 24 des Heimarbeitsgesetzes vom 14. März 1951 (BGBl. I S. 191), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266), und der Verordnung zur Übertragung der Ermächtigungen zur Bestimmung der für die Ausführung des Heimarbeitsgesetzes zuständigen Stellen vom 18. Dezember 1990 (GVBl. I S. 792), geändert durch Verordnung vom 7. April 1992 (GVBl. I S. 135),

§ 25 Abs. 1 Satz 2 der Röntgenverordnung in der Fassung vom 30. April 2003 (BGBl. I S. 605),

§ 24 Abs. 1 des Atomgesetzes in der Fassung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1566), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322),

§ 20 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über die Erfassung, Bewertung und Abwehr von Risiken bei Medizinprodukten vom 24. Juni 2002 (BGBl. I S. 2131),

§ 5 Abs. 3 Satz 1 des Heilberufsgesetzes in der Fassung vom 7. Februar 2003 (GVBl. I S. 66),

§ 1 Satz 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBl. I S. 98),

§ 2 Abs. 2 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz und zur Weinüberwachung vom 16. Juni 1961 (GVBl. S. 81), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juni 2002 (GVBl. I S. 342),

§ 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 603), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3387),

verordnet die Landesregierung,

des § 3 Abs. 4 des Gesetzes zur Neuorganisation der Hessischen Arbeitsschutzverwaltung vom 20. Juni 2002 (GVBl. I S. 342, 344)

verordnet das Sozialministerium:

§ 1

Allgemeine Zuständigkeiten des Regierungspräsidiums

(1) Zuständige Behörde für die Durchführung

1. des Arbeitsschutzgesetzes vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1246), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2002 (BGBl. I S. 2167), und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
2. des Arbeitszeitgesetzes vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170, 1171), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1983), und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
3. der Arbeitsstättenverordnung vom 20. März 1975 (BGBl. I S. 729), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. September 2002 (BGBl. I S. 3777),
4. des § 19 des Atomgesetzes, soweit die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung ionisierender Strahlen nach § 1 der Röntgenverordnung betroffen sind,
5. der §§ 21, 23 Abs. 1 und Abs. 1a und § 26 des Chemikaliengesetzes in der Fassung vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 2091), geändert durch Gesetz vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3082), soweit Belange des Arbeitsschutzes im Zusammenhang mit der Durchführung der Gefahrstoffverordnung betroffen sind,
6. des Fahrpersonalgesetzes und der Fahrpersonalverordnung vom 22. August 1969 (BGBl. I S. 1307, 1791), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. August 1998 (BGBl. I S. 2307),

[1]) GVBl. II 91-47

7. des § 18 Abs. 1 Satz 2 des Bundeserziehungsgeldgesetzes,
8. der Gefahrstoffverordnung in der Fassung vom 15. November 1999 (BGBl. I S. 2235), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4123),
9. des Gerätesicherheitsgesetzes in der Fassung vom 11. Mai 2001 (BGBl. I S. 867), geändert durch Gesetz vom 23. März 2002 (BGBl. I S. 1163), und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
10. des Gesetzes über den Ladenschluss und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
11. des Gesetzes über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. August 2002 (BGBl. I S. 3412),
12. a) des § 139b Abs. 1 Satz 1 der Gewerbeordnung,
    b) des § 105b Abs. 2 bis 5 der Gewerbeordnung,
    c) des § 120d Abs. 1 der Gewerbeordnung für Einzelmaßnahmen zur Durchführung der §§ 120a und 120b der Gewerbeordnung,
    d) des § 120d Abs. 4 der Gewerbeordnung für Einzelmaßnahmen zur Durchführung des § 120c oder der durch Rechtsverordnung nach § 120e Abs. 3 der Gewerbeordnung auferlegten Pflichten,
    e) des § 120f der Gewerbeordnung für Einzelmaßnahmen zur Durchführung der durch Rechtsverordnung nach § 120e auferlegten Pflichten sowie
    f) des § 139i der Gewerbeordnung für Einzelmaßnahmen zur Durchführung der durch Rechtsverordnung nach § 139h der Gewerbeordnung auferlegten Pflichten,
13. des Jugendarbeitsschutzgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
14. des Medizinproduktegesetzes in der Fassung vom 7. August 2002 (BGBl. I S. 3147) und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
15. des Mutterschutzgesetzes und der Verordnung zum Schutze der Mütter am Arbeitsplatz vom 15. April 1997 (BGBl. I S. 782),
16. des Produktsicherheitsgesetzes vom 22. April 1997 (BGBl. I S. 934), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4012),
17. der Röntgenverordnung, soweit nicht Anlagen betroffen sind, die nach § 1 der Röntgenverordnung in einem betriebstechnischen Zusammenhang mit Anlagen nach § 7 des Atomgesetzes stehen und sich auf demselben Gelände befinden,
18. des Sprengstoffgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
19. der Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Papierindustrie vom 20. Juli 1963 (BGBl. I S. 491), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170),
20. der Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie in der Fassung vom 31. Juli 1968 (BGBl. I S. 886), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170), sowie
21. der Verordnung über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien in der Zeit vom 1. November bis 31. März vom 1. August 1968 (BGBl. I S. 901), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Juni 1992 (BGBl. I S. 1019),

in der jeweils geltenden Fassung ist das Regierungspräsidium, soweit nach dieser Verordnung oder in anderen Bestimmungen des Landesrechts oder durch Vereinbarung nach § 21 Abs. 4 des Arbeitsschutzgesetzes keine anderweitige Zuständigkeitsregelung getroffen wurde.

(2) Das Regierungspräsidium ist zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten, soweit in Gesetzen und Verordnungen nach Abs. 1 Vorschriften über Ordnungswidrigkeiten enthalten sind und soweit nach dieser Verordnung oder in anderen Bestimmungen des Landesrechts keine andere Zuständigkeitsregelung getroffen wurde.

(3) Das Regierungspräsidium ist auch zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 147 der Gewerbeordnung.

(4) In Betrieben und Anlagen, die der Bergaufsicht unterliegen, ist das Regierungspräsidium als Bergbehörde zuständige Behörde für die Durchführung der in Abs. 1 Nr. 2, 4 bis 6, 8, 9, 11 bis 13, 15, 17 und 18 aufgeführten Gesetze und Verordnungen. In diesen Fällen ist es auch zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten. Zuständige Behörde für ärztliche Ermächtigungen nach § 30 und Ausnahmen nach § 43 Abs. 3, 4 und 6 der Gefahrstoffverordnung ist in Betrieben, die der Bergaufsicht unterliegen, das Regierungspräsidium Darmstadt als Bergbehörde.

§ 2

Zuständigkeiten der obersten Landesbehörde

Zuständige Behörde für

1. a) die Förderung des Erfahrungsaustausches und gegenseitige Unterrichtung nach § 21 Abs. 3,

b) Vereinbarungen mit Trägern der Unfallversicherung nach § 21 Abs. 4 und

c) die Veröffentlichung des Jahresberichtes über die Überwachungstätigkeit nach § 23 Abs. 4 Satz 1

des Arbeitsschutzgesetzes,

2. Entscheidungen nach § 55 Abs. 4 Satz 2 und § 56 Abs. 3 Satz 2 des Jugendarbeitsschutzgesetzes jeweils im Einvernehmen mit dem Finanzministerium,

3. die Bewilligung von Ausnahmen nach § 23 Abs. 1 des Gesetzes über den Ladenschluss, sofern der örtliche Zuständigkeitsbereich eines Regierungspräsidiums überschritten wird,

4. Warnungen der Öffentlichkeit nach § 8 Satz 2 des Produktsicherheitsgesetzes,

5. a) hoheitliche Warnungen der Öffentlichkeit nach § 6 Satz 2,

b) die Benennung von Prüfstellen nach § 14 Abs. 5 Satz 1

des Gerätesicherheitsgesetzes,

6. hoheitliche Warnungen der Öffentlichkeit nach § 28 Abs. 4 des Medizinproduktegesetzes,

7. die Bestimmung von

a) Sachverständigen nach § 4a und

b) ärztlichen und zahnärztlichen Stellen nach § 17a Abs. 1 Satz 1 und 2

der Röntgenverordnung

ist das Sozialministerium.

§ 3

Besondere Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin

(1) Das Regierungspräsidium Darmstadt ist zuständig für die Durchführung von arbeitsmedizinischen Untersuchungen und Begutachtungen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes. Es ist zugleich die zuständige medizinische Stelle nach den §§ 3 bis 5 der Berufskrankheiten-Verordnung vom 31. Oktober 1997 (BGBl. I S. 2623), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. September 2002 (BGBl. I S. 3541).

(2) Zuständige Behörde für die Ermächtigung von Ärztinnen und Ärzten

1. nach § 15 Abs. 5 der Biostoffverordnung vom 27. Januar 1999 (BGBl. I S. 50), geändert durch Verordnung vom 18. Oktober 1999 (BGBl. I S. 2059),

2. nach § 13 der Druckluftverordnung vom 4. Oktober 1972 (BGBl. I S. 1909), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Juni 1997 (BGBl. I S. 1384),

3. nach § 30 in Verbindung mit § 41 Abs. 5 der Gefahrstoffverordnung,

4. nach Anhang VI Buchst. A. Abs. 7 Satz 1 der Gentechnik-Sicherheitsverordnung in der Fassung vom 14. März 1995 (BGBl. I S. 298), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3220),

5. nach § 41 Abs. 1 der Röntgenverordnung und

6. nach § 64 Abs. 1 der Strahlenschutzverordnung vom 20. Juli 2001 (BGBl. I S. 1714, 2002 I S. 1459), geändert durch Verordnung vom 18. Juni 2002 (BGBl. I S. 1869),

ist das Regierungspräsidium Darmstadt.

(3) Zuständige Stelle für die Entgegennahme

1. von Gesundheitsakten nach § 41 Abs. 3 und 4 der Röntgenverordnung,

2. von Aufzeichnungen und Gesundheitsakten nach § 42 Abs. 1 Satz 6, § 64 Abs. 4 Satz 1 und § 85 Abs. 3 Satz 2 der Strahlenschutzverordnung,

3. ärztlicher Aufzeichnungen nach § 15 Abs. 7 der Biostoffverordnung und

4. ärztlicher Aufzeichnungen nach Anhang VI Buchst. B. Abs. 2 der Gentechnik-Sicherheitsverordnung

ist das Regierungspräsidium Darmstadt.

§ 4

Besondere Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitssicherheitsgesetzes

Zuständige Behörde für

1. die Anerkennung von Ausbildungslehrgängen freier Träger nach § 7 Abs. 1, § 14 Abs. 1 des Arbeitssicherheitsgesetzes in Verbindung mit § 15 Abs. 1 Nr. 6 des Siebten Buches Sozialgesetzbuch und den einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften und

2. die Erteilung von Ausnahmen nach § 7 Abs. 2

des Arbeitssicherheitsgesetzes ist das Regierungspräsidium Kassel.

§ 5

Besondere Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Gefahrstoffrechts

(1) Zuständige Behörde für

1. die Anerkennung von Sachkundelehrgängen nach § 15a Abs. 3 Satz 3,

2. die Anerkennung von Verfahren oder Geräten nach § 18 Abs. 5 Satz 1 oder § 36 Abs. 7 Satz 2,

3. die Zulassung von Unternehmen nach § 39 Abs. 1 Satz 1,

4. die Anerkennung der Gleichwertigkeit oder Geeignetheit von Prüfungen oder Ausbildungen nach Anhang V Nr. 6.3.2 Abs. 5 Satz 2 oder 3,

5. die Ausstellung eines Befähigungsscheines nach Anhang V Nr. 5.2 Abs. 2 Satz 1,

6. die Anerkennung von Lehrgängen nach Anhang V Nr. 5.2 Abs. 2 Satz 2,

7. die Abnahme der Prüfung nach Anhang V Nr. 5.2 Abs. 2 Satz 4 und

8. die Entgegennahme der Zeugnisse nach Anhang V Nr. 5.2 Abs. 4

der Gefahrstoffverordnung ist das Regierungspräsidium Kassel.

(2) Zuständige Behörde für

1. die Zulassung von Ausnahmen nach § 43 Abs. 2 bis 6,
2. die Anerkennung eines Betriebes zur Reinigung von Transformatoren nach Anhang IV Nr. 14 Abs. 3 Satz 3 und
3. die Entgegennahme von Anzeigen und Mitteilungen nach Anhang IV Nr. 14 Abs. 3 Satz 2 sowie der Nachweise und Mitteilungen nach Anhang IV Nr. 14 Abs. 3 Satz 6 und 7

der Gefahrstoffverordnung ist das Regierungspräsidium Darmstadt.

§ 6

Besondere Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Geräte- und Produktsicherheit

(1) Zuständige Behörde für die Durchführung sicherheitstechnischer Überprüfungen nach § 7 Abs. 3 des Gerätesicherheitsgesetzes ist das Regierungspräsidium Kassel.

(2) Zuständige Behörde

1. für Entscheidungen nach § 4 Abs. 5 der Explosionsschutzverordnung vom 12. Dezember 1996 (BGBl. I S. 1914), geändert durch Verordnung vom 27. September 2002 (BGBl. I S. 3777), und
2. für die Anerkennung nach § 14 Abs. 6 Satz 2 der Betriebssicherheitsverordnung vom 27. September 2002 (BGBl. I S. 3777)

ist das Regierungspräsidium Darmstadt.

(3) Zuständige Behörde für die Entgegennahme der Mitteilung nach § 15 Abs. 3 der Betriebssicherheitsverordnung ist die Staatliche Technische Überwachung Hessen.

§ 7

Besondere Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Heimarbeitsschutzes

(1) Zuständige Behörde für

1. die Durchführung der Entgeltüberwachung nach § 23 in Verbindung mit § 6 Satz 3, § 7, § 9 Abs. 2 und 3, § 10 Satz 2, § 24 Satz 1 und § 28 sowie
2. den Arbeits- und Gefahrenschutz nach § 3 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit den §§ 12 bis 15 und 16a

des Heimarbeitsgesetzes ist das Regierungspräsidium Darmstadt.

(2) Dieses ist auch zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 32, 32a des Heimarbeitsgesetzes.

§ 8

Besondere Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Ladenschlussrechts

Zuständige Behörde nach dem Gesetz über den Ladenschluss ist für

1. Anordnungen nach § 4 Abs. 2 Satz 1 die Landesapothekerkammer Hessen,
2. den Erlass von Rechtsverordnungen nach § 14 Abs. 1 in den Städten der Magistrat und in den übrigen Gemeinden der Gemeindevorstand,
3. die Zulassung des geschäftlichen Verkehrs auf Groß- und Wochenmärkten nach § 19 Abs. 1 in Gemeinden mit 7500 und mehr Einwohnern der Gemeindevorstand, im Übrigen die Landrätin oder der Landrat als Behörde der Landesverwaltung,
4. die Zulassung von Ausnahmen nach § 20 Abs. 2a in den Städten der Magistrat und in den übrigen Gemeinden der Gemeindevorstand,
5. die Aufsicht nach § 22 Abs. 1, soweit die arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen der §§ 17, 20 Abs. 3 und § 21 nicht berührt sind, in Gemeinden mit 7500 und mehr Einwohnern der Gemeindevorstand, im Übrigen die Landrätin oder der Landrat als Behörde der Landesverwaltung,
6. die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24, soweit die arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen der §§ 17, 20 Abs. 3 und § 21 nicht berührt sind, in Gemeinden mit 7500 und mehr Einwohnern der Gemeindevorstand, im Übrigen die Landrätin oder der Landrat als Behörde der Landesverwaltung.

§ 9

Besondere Zuständigkeiten für die Durchführung des Abrechnungsverfahrens nach dem Gesetz über die Ausgabe und Abrechnung der Berechtigungsscheine für die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz

Das Regierungspräsidium Darmstadt ist zuständige Stelle für die Durchführung des Abrechnungsverfahrens nach § 2 Satz 2 des Gesetzes über die Ausgabe und Abrechnung der Berechtigungsscheine für die ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 11. Oktober 1961 (GVBl. S. 137).

§ 10

Besondere Zuständigkeiten für den Arbeitsschutz in der Land- und Forstwirtschaft

Zuständig für die Durchführung des Arbeitsschutzgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen ist die Land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Hessen für ihre Mitgliedsbetriebe.

§ 11

Besondere Zuständigkeiten auf dem Gebiet des medizintechnischen Arbeitsschutzes

(1) Zuständige Behörde für

1. die Klassifizierung und Abgrenzung zu anderen Produkten nach § 13,
2. die Überwachung nach den §§ 26 bis 28 von klinischen Prüfungen und Leistungsbewertungsprüfungen einschließlich der Entgegennahme der Anzeigen nach § 20 Abs. 6 und § 24 Abs. 2,
3. die Überwachung nach den §§ 26 bis 28 von Betrieben und Einrichtungen, die Medizinprodukte, die bestimmungsgemäß keimarm oder steril zur Anwendung kommen, für andere aufbereiten,
4. die Erteilung der Bescheinigung nach § 34 Abs. 1 und die Stellungnahme über die jeweiligen Verbotsgründe nach § 34 Abs. 2 und
5. die Anordnung, den Nachweis der Sachkenntnis zu erstellen und vorzulegen, sowie dessen Bewertung nach § 30 Abs. 3 und § 31 Abs. 3

des Medizinproduktegesetzes ist das Regierungspräsidium Kassel.

(2) Zuständige Behörde für

1. die Überwachung nach den §§ 26 bis 28 des Medizinproduktegesetzes bei der internen und externen Qualitätssicherung nach § 4a,
2. die Verlängerung der Frist nach § 6 Abs. 2,
3. die Befreiung von der Pflicht zur Führung eines Bestandsverzeichnisses nach § 8 Abs. 3 und
4. die Entgegennahme der Anzeige nach § 11 Abs. 5

der Medizinprodukte-Betreiberverordnung in der Fassung vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3397) ist das Regierungspräsidium Kassel.

(3) Zuständige Behörde für die Entgegennahme der Information über Vorkommnisse vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte nach § 20 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über die Erfassung, Bewertung und Abwehr von Risiken bei Medizinprodukten ist das Regierungspräsidium Kassel.

(4) Zuständige Behörde für die Anerkennung zentraler Beschaffungsstellen nach § 2 Nr. 4 der Verordnung über Vertriebswege für Medizinprodukte vom 17. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3148), geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3586), ist das Regierungspräsidium Kassel.

(5) Zuständige Stelle für die Prüfung und Bescheinigung der Fachkunde nach § 18a Abs. 1 Satz 3 der Röntgenverordnung ist

1. im medizinischen Bereich die Landesärztekammer Hessen,
2. im zahnmedizinischen Bereich die Landeszahnärztekammer Hessen,
3. im veterinärmedizinischen Bereich die Landestierärztekammer Hessen und
4. im Übrigen das Regierungspräsidium Kassel.

Die Kammern nehmen die Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung wahr. Sie decken die ihnen entstehenden Kosten durch Erhebung von Gebühren und Auslagen.

(6) Zuständige Behörde für

1. die Erteilung der Genehmigung zum Betrieb von Röntgeneinrichtungen zur Teleradiologie nach § 3 Abs. 4,
2. Aufgaben nach § 18a Abs. 1 Satz 1,
3. die Anerkennung von Kursen nach § 18a Abs. 4 und
4. die Bestimmung von Messstellen nach § 35 Abs. 4 Satz 2

der Röntgenverordnung ist das Regierungspräsidium Kassel.

§ 12

Besondere Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Sprengstoffrechts

(1) Zuständige Behörde für die Durchführung des Sprengstoffgesetzes ist beim Verbringen von explosionsgefährlichen Stoffen

1. mit Wasserfahrzeugen das Hessische Bereitschaftspolizeipräsidium,
2. auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen die örtliche Polizeibehörde.

(2) Zuständige Behörde für

1. die Entgegennahme der Anzeige über ein beabsichtigtes Feuerwerk nach § 23 Abs. 2 Satz 1 und über eine beabsichtigte Verwendung pyrotechnischer Effekte nach § 23 Abs. 5 Satz 1,
2. die Zulassung von Ausnahmen nach § 24 Abs. 1 Satz 1 von dem Verbot des § 23 Abs. 1 und
3. den Erlass von Anordnungen nach § 24 Abs. 2 Satz 1

der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz in der Fassung vom 31. Januar 1991 (BGBl. I S. 170), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Oktober 2002 (BGBl. I S. 3970, 4592), ist die örtliche Ordnungsbehörde.

(3) Zuständige Behörde für die Anerkennung von Lehrgängen gemäß § 32 Abs. 1 Satz 1 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz ist das Regierungspräsidium Kassel.

§ 13

Besondere Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Arbeitsschutzvorschriften im Straßenverkehr

(1) Zuständige Aufsichtsbehörde nach § 4 des Fahrpersonalgesetzes ist bei Kontrollen im öffentlichen Straßenverkehr neben dem Regierungspräsidium auch die örtliche Polizeibehörde.

(2) Zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 8 des Fahrpersonalgesetzes ist

1. bei betrieblichen Kontrollen das Regierungspräsidium,
2. die in § 1 und § 2 der Verordnung über die Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 und § 24a des Straßenverkehrsgesetzes vom 7. April 1992 (GVBl. I S. 134) jeweils genannte Verwaltungsbehörde, solange sie die Sache nicht an das Regierungspräsidium Gießen, Abteilung Soziales, Außenstelle Hadamar abgegeben hat.

(3) Zuständige Behörde für die Ahndung der in Abs. 2 genannten Ordnungswidrigkeiten ist das Regierungspräsidium Gießen, Abteilung Soziales, Außenstelle Hadamar.

§ 14

Übergangsbestimmung

Bis zum 30. September 2003 ist das Regierungspräsidium zuständige Verwaltungsbehörde für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 8 des Fahrpersonalgesetzes, die von der in § 1 und § 2 der Verordnung über die Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 und § 24a des Straßenverkehrsgesetzes jeweils genannten Verwaltungsbehörde abgeben werden.

§ 15

Aufhebung bisherigen Rechts

Aufgehoben werden

1. die Anordnung zur Bestimmung der für die Zulassung der Kündigung nach § 18 Abs. 1 Satz 2 des Bundeserziehungsgeldgesetzes zuständigen Stelle vom 17. März 1986 (GVBl. I S. 107)[2]),
2. die Verordnung über Zuständigkeiten für die Durchführung des Medizinproduktegesetzes vom 11. März 1997 (GVBl. I S. 44)[3]),
3. § 12 Abs. 8 der Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Atom-, Strahlenschutz- und Strahlenschutzvorsorgerechts vom 30. Juni 1988 (GVBl. I S. 279), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2000 (GVBl. I S. 588)[4]),
4. die Verordnung über die Zuständigkeiten zur Durchführung der Röntgenverordnung vom 30. Juni 1988 (GVBl. I S. 282), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. September 2000 (GVBl. I S. 482)[5]),
5. die Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Gerätesicherheitsrechts vom 18. Februar 1998 (GVBl. I S. 45)[6]),
6. die Verordnung über die Zuständigkeiten des Regierungspräsidenten zum Erlass von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Dezember 1999 (GVBl. I S. 480)[7]),
7. die Zweite Verordnung über die Zuständigkeiten des Regierungspräsidenten zum Erlass von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 4. September 1957 (GVBl. S. 127)[8]),
8. die Verordnung über die Zuständigkeit nach § 20 Abs. 2a des Gesetzes über den Ladenschluß vom 2. Juni 1961 (GVBl. S. 77)[9]),
9. die Anordnung über die zuständige Verwaltungsbehörde nach der Verordnung über die Ladenschlußzeiten für die Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen vom 3. September 1973 (GVBl. I S. 340), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[10]),
10. die Verordnung über die für die Aufsicht nach § 22 und für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 16. Dezember 1974 (GVBl. I S. 672, 681), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[11]),
11. die Verordnung über die Zuständigkeit für die Bewilligungen von Ausnahmen nach § 23 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360, 364)[12]),
12. die Verordnung über die Zuständigkeiten von Behörden nach dem Gesetz über den Ladenschluß vom 27. August 1986 (GVBl. I S. 267)[13]),
13. die Verordnung über die Zuständigkeiten zum Erlass von Rechtsverordnungen nach dem Gesetz über den Ladenschluß vom 21. Dezember 1999 (GVBl. I S. 480)[14]),
14. die Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Arbeitsschutzvorschriften im Straßenverkehr vom 19. November 1997 (GVBl. I S. 399)[15]),
15. die Verordnung über die Zuständigkeiten nach der Gefahrstoffverordnung vom 25. Januar 1995 (GVBl. I S. 70), geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 232)[16]),
16. § 6 der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Chemikaliengesetz

[2]) Hebt auf GVBl. II 34-23
[3]) Hebt auf GVBl. II 350-82
[4]) Ändert GVBl. II 351-35
[5]) Hebt auf GVBl. II 351-36
[6]) Hebt auf GVBl. II 512-83
[7]) Hebt auf GVBl. II 513-1
[8]) Hebt auf GVBl. II 513-3
[9]) Hebt auf GVBl. II 513-4
[10]) Hebt auf GVBl. II 513-6
[11]) Hebt auf GVBl. II 513-7
[12]) Hebt auf GVBl. II 513-8
[13]) Hebt auf GVBl. II 513-9
[14]) Hebt auf GVBl. II 513-12
[15]) Hebt auf GVBl. II 61-48
[16]) Hebt auf GVBl. II 801-6

und den zu seiner Ausführung ergangenen Rechtsverordnungen vom 12. Juni 1995 (GVBl. I S. 399), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 2000 (GVBl. I S. 588),[17])

17. die Anordnung über die Zuständigkeit nach § 9 des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360, 364)[18]),

18. die Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Arbeitszeitgesetz vom 24. Juni 1994 (GVBl. I S. 283), geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 232)[19]),

19. die Anordnung über die zuständige Behörde nach §§ 6, 7 des Heimarbeitsgesetzes vom 15. April 1969 (GVBl. I S. 66)[20]),

20. die Verordnung über die Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Gesetz über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 7. Oktober 1969 (GVBl. I S. 192), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[21]),

21. die Anordnung über Zuständigkeiten nach der Druckluftverordnung vom 21. Mai 1973 (GVBl. I S. 175), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[22]),

22. die Anordnung über die Zuständigkeiten nach dem Gesetz über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien vom 23. Juli 1973 (GVBl. I S. 265), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[23]),

23. die Anordnung über die zuständige Verwaltungsbehörde nach der Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Papierindustrie vom 23. Juli 1973 (GVBl. I S. 265), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[24]),

24. die Anordnung über die zuständige Verwaltungsbehörde nach der Verordnung über Ausnahmen vom Verbot der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen in der Eisen- und Stahlindustrie vom 23. Juli 1973 (GVBl. I S. 266), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[25]),

25. die Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 31. Mai 1974 (GVBl. I S. 258), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 232)[26]),

26. die Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Mutterschutzgesetz vom 24. Juni 1974 (GVBl. I S. 304), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 232)[27]),

27. die Anordnung über die Zuständigkeiten nach der Verordnung über besondere Arbeitsschutzanforderungen bei Arbeiten im Freien in der Zeit vom 1. November bis 31. März vom 4. März 1975 (GVBl. I S. 45), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[28]),

28. die Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz vom 17. August 1976 (GVBl. I S. 318), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 232)[29]),

29. die Anordnung über die Zuständigkeit für die Zulassung bestimmter Ausnahmen von den Vorschriften des § 19 der Arbeitszeitordnung über die Nachtruhe und den Frühschluss vor Sonn- und Feiertagen vom 13. September 1977 (GVBl. I S. 360, 365), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[30]),

30. die Anordnung über die Zuständigkeiten nach der Arbeitsstättenverordnung vom 9. Juni 1982 (GVBl. I S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 232)[31]),

31. die Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeitsschutzrechts vom 25. März 1997 (GVBl. I S. 53)[32]),

32. die Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten nach dem Produktsicherheitsgesetz vom 20. Januar 2000 (GVBl. I S. 52)[33]),

33. §§ 1 bis 7 und § 8 Nr. 1 bis 3 der Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten zur Durchführung von Rechtsverordnungen nach § 11 des Gerätesicherheitsgesetzes vom 10. November 1998 (GVBl. I S. 475), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. August 2000 (GVBl. I S. 410)[34]),

34. die Anordnung über Zuständigkeiten nach dem Sicherheitsfilmgesetz vom 20. Juni 1973 (GVBl. I S. 208), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[35]),

35. die Anordnung über die Zuständigkeit nach der Medizingeräteverordnung vom 23. Januar 1986 (GVBl. I S. 34), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[36]),

36. die Verordnung zur Übertragung der Ermächtigung zur Bestimmung der

[17]) Ändert GVBl. II 801-7
[18]) Hebt auf GVBl. II 90-8
[19]) Hebt auf GVBl. II 90-11
[20]) Hebt auf GVBl. II 91-14
[21]) Hebt auf GVBl. II 91-16
[22]) Hebt auf GVBl. II 91-20
[23]) Hebt auf GVBl. II 91-23
[24]) Hebt auf GVBl. II 91-24
[25]) Hebt auf GVBl. II 91-25
[26]) Hebt auf GVBl. II 91-28
[27]) Hebt auf GVBl. II 91-30
[28]) Hebt auf GVBl. II 91-32
[29]) Hebt auf GVBl. II 91-34
[30]) Hebt auf GVBl. II 91-36
[31]) Hebt auf GVBl. II 91-38
[32]) Hebt auf GVBl. II 91-44
[33]) Hebt auf GVBl. II 91-45
[34]) Ändert GVBl. II 920-5
[35]) Hebt auf GVBl. II 922-12
[36]) Hebt auf GVBl. II 922-16

zuständigen Behörden nach § 36 Abs. 1 des Sprengstoffgesetzes und der für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 41 des Sprengstoffgesetzes zuständigen Behörden vom 18. April 1978 (GVBl. I S. 249), geändert durch Verordnung vom 7. April 1992 (GVBl. I S. 135)[37]),

37. die Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Sprengstoffgesetz vom 30. Oktober 1978 (GVBl. I S. 677), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 232)[38]),

38. die Verordnung über Zuständigkeiten nach der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz vom 11. Januar 1982 (GVBl. I S. 30), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 232)[39]),

39. die Anordnung über Zuständigkeiten nach der Zweiten Verordnung zum Sprengstoffgesetz vom 11. Januar 1982 (GVBl. I S. 32), geändert durch Verordnung vom 15. März 1993 (GVBl. I S. 65)[40]).

§ 16

In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

§ 13 Abs. 2 Nr. 2 tritt am 1. Oktober 2003 in Kraft. Im Übrigen tritt diese Verordnung am Tage nach der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2009 außer Kraft.

Artikel 2

Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Gentechnikgesetz[41])

Aufgrund des § 31 des Gentechnikgesetzes in der Fassung vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2067), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. August 2002 (BGBl. I S. 3220), des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 603), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3387), und des § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 (GVBl. I S. 98),

verordnet die Landesregierung:

Die Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Gentechnikgesetz vom 20. Dezember 1995 (GVBl. I S. 566), geändert durch Gesetz vom 15. Juli 1997 (GVBl. I S. 232), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs.1 erhält folgende Fassung:

   „(1) Das Regierungspräsidium Gießen nimmt die Aufgaben nach dem Gentechnikgesetz und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen wahr, soweit diese Verordnung und die Arbeitsschutzzuständigkeitsverordnung nichts anderes bestimmen."

2. § 2 wird aufgehoben.

Artikel 3

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 8. Juli 2003

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident

Koch

Die Sozialministerin

Lautenschläger

[37]) Hebt auf GVBl. II 924-24
[38]) Hebt auf GVBl. II 924-25
[39]) Hebt auf GVBl. II 924-26
[40]) Hebt auf GVBl. II 924-27
[41]) Ändert GVBl. II 801-8

Vierte Verordnung zur Änderung der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Sozialministeriums*)

Vom 8. Juli 2003

Aufgrund des § 2 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der Fassung vom 3. Januar 1995 (GVBl. I S. 2), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juni 2002 (GVBl. I S. 342), und § 35 Satz 2 des Medizinproduktegesetzes in der Fassung vom 7. August 2002 (BGBl. I S. 3147) wird verordnet:

Artikel 1

Die Anlage zur Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Sozialministeriums vom 29. März 2001 (GVBl. I S. 194), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. Februar 2003 (GVBl. I S. 88), wird wie folgt geändert:

1. Die Übersicht zum Verwaltungskostenverzeichnis wird wie folgt gefasst:

Gegenstand	Nr.
Akkreditierungsstelle (Mess- und Prüfstellen - AKMP -)	323
Anlagen, überwachungsbedürftig	34
Apothekenwesen	13
Apothekerinnen oder Apotheker	11
Arbeitsschutz, allgemeiner	31
Arbeitsschutz, sozialer	38
Arbeitssicherheitsgesetz	314
Arbeitsstätten	312
Arzneimittelwesen	14
Ärztinnen oder Ärzte	11
Ärztliche Stelle	358
Betriebsüberwachung	311
Biologische Arbeitsstoffe	362
Druckluft	313
Fahrpersonal	383
Gefahrstoffwesen	32
Gentechnik	361
Gerätesicherheit	33
Gesundheitsfachberufe und nichtärztliche Heilberufe	12
Gesundheitswesen	1
Heilpraktikerinnen oder Heilpraktiker	11
Heilquellen	180
Heime	4
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten/-psychotherapeutin	11
Krankenanstalten, private	17
Krankheitserreger	162
Künstliche Befruchtung	161
Ladenschluss	382
Medizinproduktewesen	37
Produktsicherheit	39
Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten	11
Rettungswesen	19
Röntgenwesen	35
Spätaussiedlerinnen oder Spätaussiedler	2
Trinkwasser	164
Wasser	180
Zahnärztinnen oder Zahnärzte	11

*) Ändert GVBl. II 305-50

2. Spalte 4 wird wie folgt geändert:
   a) In der Überschrift wird die Angabe „(DM)" gestrichen.
   b) Alle in Klammern gesetzten, auf DM lautenden Beträge werden gestrichen.

3. Nach Nr. 1632 werden folgende Nr. 164 bis 1646 eingefügt:

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
164	**Amtshandlungen nach der Trinkwasserverordnung**		
1641	Aufnahme in die Liste der in Hessen ansässigen Untersuchungsstellen nach § 15 Abs. 4		500
1642	Bestellung nach § 19 Abs. 2 einer bereits in die Liste nach § 15 Abs. 4 aufgenommenen Untersuchungsstelle		250
1643	Verlängerung oder Erweiterung der Aufnahme in die Liste nach § 15 Abs. 4 oder der Bestellung nach § 19 Abs. 2		100
1644	Überprüfung nach § 15 Abs. 5 der in die Liste nach § 15 Abs. 4 aufgenommenen Untersuchungsstellen		250
1645	Überprüfung der Voraussetzungen nach § 15 Abs. 5 für die Probenahme durch das Gesundheitsamt		30
1646	Zulassung einer dritten Abweichung nach § 9 Abs. 8		25 bis 250

4. In Nr. 1801 wird in Spalte 4 die Zahl „700" durch die Zahl „725" ersetzt.

5. In Nr. 18021 wird in Spalte 4 die Zahl „100" durch die Zahl „105" ersetzt.

6. In Nr. 18022 wird in Spalte 4 die Zahl „300" durch die Zahl „310" ersetzt.

7. Nr. 181 bis 1816 werden aufgehoben.

8. Nach Nr. 3312 wird folgende neue Nr. 3313 eingefügt:

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
3313	Sicherheitstechnische Überprüfung nach § 7 Abs. 3	nach Zeitaufwand	

9. Die bisherigen Nr. 3313 und 3314 werden Nr. 3314 und 3315.

10. Nach Nr. 3331 werden folgende Nr. 334 bis 3341 eingefügt:

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
334	Amtshandlungen nach der Vierzehnten Verordnung zum Gerätesicherheitsgesetz		
3341	Gestattung des Inverkehrbringens nach § 4 Abs. 4		150 bis 2 500

11. Die Nr. 34 bis 3429 werden durch folgende Nr. 34 bis 3416 ersetzt:

Nr.	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
34	**Überwachungsbedürftige Anlagen (Verordnung nach § 11 GSG)**		
341	Amtshandlungen nach der Betriebssicherheitsverordnung		
3411	Erlaubniserteilung nach § 13 Abs. 1	1 v.H. der Errichtungskosten	mindestens 500
3412	Erlaubniserteilung nach wesentlicher Veränderung, Änderung der Bauart oder der Betriebsweise nach § 13 Abs. 1	1 v.H. der Änderungskosten	mindestens 250
3413	Untersagung der Montage und Installation der Anlage nach § 13 Abs. 4	nach Zeitaufwand	
3414	Anerkennung der befähigten Person nach § 14 Abs. 6 Satz 2		750
3415	Entscheidung nach § 15 Abs. 4 Satz 4	nach Zeitaufwand	
3416	Anordnung einer Prüfung nach § 16 Abs. 1		150

12. Die Nr. 35 bis 35616 werden durch folgende Nr. 35 bis 35824 ersetzt:

Nr.	Gegenstand	Bemessungsgrundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
35	**Röntgenwesen**		
350	Amtshandlungen nach der Röntgenverordnung (RöV)		
351	Genehmigungen, Gestattungen, Entscheidungen, Untersagungen, Verpflichtungen		
35101	Genehmigung einer Röntgeneinrichtung nach § 3, auch in Verbindung mit § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 oder § 4 Abs. 4 oder § 5	je Einrichtung oder je teleradiologischer Anbindung	125 bis 3 000
35102	Entscheidung nach § 4 Abs. 2 Satz 3	je Einrichtung	175 bis 1 000
35103	Untersagung des Betriebs gemäß § 4 Abs. 6	nach Zeitaufwand	
35104	Untersagung der Tätigkeit gemäß § 7	nach Zeitaufwand	
35105	Verpflichtung zum Erlass einer Strahlenschutzanweisung nach § 15a Satz 1		100
35106	Gestattung des Betriebs einer Röntgeneinrichtung außerhalb des Röntgenraums nach § 20 Abs. 3 Nr. 4	je Einrichtung	250 bis 1 250
35107	Gestattung für den Zutritt anderer Personen zu Strahlenschutzbereichen nach § 22	je Person	100
35108	Gestattungen nach § 33 Abs. 6		150 bis 1 500
35109	Gestattung nach § 35 Abs. 7 Nr. 1	je Person	200
352	Änderungen von Genehmigungen		
35201	Bescheidänderung ohne Erweiterung des Betriebes oder des Umfangs nach § 3, auch in Verbindung mit § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 oder § 4 Abs. 4 oder § 5	je Einrichtung	200
35202	Fristverlängerung oder Aufhebung der Befristung einer Genehmigung nach §§ 3 oder 5		125 bis 500
353	Behördliche Maßnahmen und Ausnahmen		
35301	Festlegung einer Abweichung nach § 16 Abs. 3 Satz 6 und Abs. 4 Satz 4		400

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
35302	Festlegung einer Abweichung nach § 17 Abs. 2 Satz 4 und Abs. 3 Satz 4		450
35303	Zulassung von höheren Dosisgrenzwerten nach § 31a Abs. 1 Satz 2	je Person	250
35304	Zulassung einer weiteren beruflichen Strahlenexposition nach § 31b Satz 2	je Person	250
35305	Zulassung von Ausnahmen nach § 31c	je Person	250
35306	Bestimmung nach § 34 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2		100
35307	Gestattung von Ausnahmen nach § 35 Abs. 1 Satz 2	je Person	200
35308	Bestimmung von Messstellen nach § 35 Abs. 4 Satz 2	je Institution	400 bis 2 000
35309	Festlegung einer Ersatzdosis nach § 35 Abs. 8 Nr. 2	je Person	100
35310	Bestimmung nach § 35 Abs. 9 Satz 4 und 5		100
35311	Festsetzung einer Fristverkürzung nach § 37 Abs. 3	je Person	100
35312	Entscheidung nach § 39 Abs. 1	je Person	200
354	Bescheinigungen, besondere Bestimmungen und Anerkennungen		
35401	Bestimmung eines Sachverständigen nach § 4a Satz 1		400 bis 2 000
35402	Änderung oder Erweiterung der Bestimmung nach Nr. 35401		400 bis 1 000
35403	Fristverlängerung oder Aufhebung der Befristung der Bestimmung nach Nr. 35401		400 bis 1 000
35404	Anerkennung eines Kurses zur Vermittlung von Kenntnissen und Fachkunde im Strahlenschutz nach § 18a Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 4	je Kurs	300 bis 600
35405	Bescheinigung über die erforderliche Fachkunde nach § 18a		150
35406	Bestimmung nach § 28 Abs. 3 Satz 4		400 bis 2 000
35407	Bestimmung nach § 41 Abs. 4 Satz 1		400 bis 2 000
355	Anordnungen		
35501	Anordnung zur Erweiterung von Kontroll- oder Überwachungsbereichen nach § 19 Abs. 4	nach Zeitaufwand	
35502	Anordnung nach § 33 RöV in Verbindung mit § 19 Abs. 3 AtomG	nach Zeitaufwand	
35503	Anordnung nach § 35 Abs. 7 Nr. 2 und Abs. 8 Nr. 1 und 3	nach Zeitaufwand	
35504	Anordnung nach § 35a Abs. 2 Satz 2	nach Zeitaufwand	
35505	Anordnung nach § 37 Abs. 4 und 5	je Person	200
356	Ermächtigungen		
35601	Ermächtigung nach § 41 Abs. 1, auch bei gleichzeitiger Ermächtigung nach § 64 Abs. 1 der Strahlenschutzverordnung	je Ermächtigung	200
35602	Verlängerung der Ermächtigung nach Nr. 35601		100

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
357	Sachverständigenprüfung nach RöV durch das Fachzentrum für Produkt- und Betriebssicherheit beim Regierungspräsidium Kassel		
3571	Sachverständigenprüfung nach § 4 Abs. 2 und § 18 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 an medizinischen Röntgeneinrichtungen		
35711	Aufnahmegerät, Durchleuchtungsgerät	je Gerät	350
35712	Zusätzlicher Arbeitsplatz oder zusätzlicher Strahler	je Gerät	90
35713	Knochendichtemessgerät	je Gerät	260
35714	Kombiniertes Aufnahme- und Durchleuchtungsgerät, Angiographiegerät	je Gerät	520
35715	Computertomographiegerät	je Gerät	450
35716	Röntgentherapiegerät	je Gerät	320
3572	Sachverständigenprüfung nach § 4 Abs. 2 und § 18 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 an zahnmedizinischen Röntgeneinrichtungen		
35721	Dentaltubusgerät	je Gerät	190
35722	Panoramaschichtgerät	je Gerät	260
35724	Kombiniertes Fernröntgen- und Panoramaschichtgerät	je Gerät	320
3573	Sachverständigenprüfung nach § 4 Abs. 2 und § 18 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 an tiermedizinischen Röntgeneinrichtungen		
35731	Aufnahmegerät, Durchleuchtungsgerät	je Gerät	280
3574	Sachverständigenprüfung nach § 4 Abs. 2 und § 18 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 an technischen Röntgeneinrichtungen		
35741	Feinstrukturgerät, Grobstrukturgerät	je Gerät	180
35742	Hochschutz-, Vollschutz- und Schulröntgengerät, Störstrahler	je Gerät	100
35743	Sachverständigenprüfung nach § 4 Abs. 5 an Röntgeneinrichtungen	nach Aufwand	
358	**Tätigkeit der Ärztlichen Stelle**		
3581	Prüfung nach § 17a RöV		
35811	Prüfung eines Röntgenstrahlers mit einem Arbeitsplatz		220 bis 865
35812	Nachprüfung zu Nr. 35811		65 bis 520
35813	Prüfung eines jeden weiteren Arbeitsplatzes nach Nr. 35811 geprüften Strahlers		100 bis 570
35814	Nachprüfung zu Nr. 35813		30 bis 340
35815	Prüfung eines Endausgabegerätes (Dokumentationsgerät)		85 bis 445
35816	Nachprüfung zu Nr. 35815		25 bis 270
35817	Prüfung eines Bildwiedergabegerätes		30 bis 195
35818	Nachprüfung zu Nr. 35817		10 bis 120
35819	Prüfung eines Röntgenstrahlers in der Teleradiologie mit einer Teleradiologieverbindung und einem Teleradiologiearbeitsplatz		255 bis 1 070
35820	Nachprüfung zu Nr. 35819		80 bis 640
35821	Prüfung eines jeden weiteren Strahler nach Nr. 35819 geprüften Teleradiologieverbundsystems		155 bis 775

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
35622	Nachprüfung zu Nr. 35821		45 bis 465
35823	Prüfung eines jeden weiteren Teleradiologie-arbeitsplatz (einschließlich Teleradiologieverbindung) nach Nr. 35819 geprüften Teleradiologieverbundsystems		30 bis 195
35824	Nachprüfung zu Nr. 35823		10 bis 120

13. Die Nr. 37 bis 3722 werden durch folgende Nr. 37 bis 3723 ersetzt:

Nr.	Gegenstand	Bemessungs-grundlage	Gebühr EUR
1	2	3	4
37	**Medizinproduktewesen**		
3711	Amtshandlungen nach dem Medizinproduktegesetz (MPG) und der Medizinprodukte-Sicherheitsplanverordnung (MPSV)		
37111	Betriebsbesichtigungen („Revisionen") einschließlich der Beratung im Sinne von präventiver Information		Kostenfrei
37120	Entscheidung bei Meinungsverschiedenheiten über die Klassifizierung nach § 13 Abs. 2 MPG		150 bis 3 000
37121	Klassifizierung von Medizinprodukten und Abgrenzungen von Medizinprodukten zu anderen Produkten nach § 13 Abs. 3 MPG		150 bis 3 000
	Die Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten		
37122	Entgegennahme einer Anzeige des Auftraggebers nach § 20 Abs. 6 Satz 1 oder § 24 Abs. 2 Satz 1 MPG		50 bis 500
37123	Maßnahmen und Anordnungen nach § 26 Abs. 2 MPG einschließlich anlassbezogener Betriebsbesichtigungen		100 bis 5 000
37124	Maßnahmen und Anordnungen nach § 27 Abs. 1 Satz 1 und 2 und Abs. 2 MPG		100 bis 5 000
37125	Maßnahmen und Anordnungen nach § 28 Abs. 1 MPG, auch in Verbindung mit Maßnahmen und Anordnungen nach den §§ 15 und 17 MPSV		100 bis 5 000
37126	Bescheinigung für die Ausfuhr von Medizinprodukten (Freiverkaufszertifikat) nach § 34 Abs. 1 MPG	je Medizinprodukt; bei Produktgruppen je Produktgruppe	50
372	Amtshandlungen nach der Medizinprodukte-Betreiberverordnung		
3721	Verlängerung der Frist nach § 6 Abs. 2	je Medizinproduktetyp	200 bis 2 000
3722	Befreiung von der Pflicht zur Führung eines Bestandsverzeichnisses oder von der Aufnahme bestimmter Medizinprodukte nach § 8 Abs. 3		100 bis 2 000
3723	Anzeigeverfahren zur Durchführung von messtechnischen Kontrollen nach § 11 Abs. 5 Satz 2	je angezeigte Medizinproduktegruppe der Anlage II MPBetreibV	100

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 8. Juli 2003

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Koch

Die Sozialministerin
Lautenschläger

Der Minister der Finanzen
Weimar

Zweite Verordnung zur Änderung der Kurbeitragsordnung für die Hessischen Staatsbäder*)

Vom 20. Juni 2003

Aufgrund des § 22 Abs. 2 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der Fassung vom 3. Januar 1995 (GVBl. I S. 2), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juni 2002 (GVBl. I S. 342), wird verordnet:

Artikel 1

Die Kurbeitragsordnung für die Hessischen Staatsbäder vom 7. Dezember 1999 (GVBl. I S. 469), geändert durch Verordnung vom 28. September 2002 (GVBl. I S. 637), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

   „(1) In den hessischen Staatsbädern Bad Hersfeld, Bad Nauheim, Schlangenbad und Bad Schwalbach wird für die Herstellung, Erweiterung und Unterhaltung der zu Kur- und Erholungszwecken bereitgestellten öffentlichen Einrichtungen ein Kurbeitrag (Kurtaxe) erhoben."

2. § 13 wird wie folgt geändert:

   a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

      „In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten und Aufhebung bisheriger Vorschriften."

   b) Abs. 1 wird wie folgt gefasst:

      „(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2000 in Kraft; sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2008 außer Kraft."

3. Die Anlage 1 zu § 2 und die Anlage 2 zu § 6 Abs. 1 der Kurbeitragsordnung erhalten folgende Fassung:

„Anlage 1 zu § 2

Erhebungsgebiete der Hessischen Staatsbäder

1. **Bad Hersfeld**

   Der Stadtteil von Bad Hersfeld, der wie folgt begrenzt wird:

   Meisebacher Straße beidseitig bis zur Simon-Haune-Straße, Simon-Haune-Straße beidseitig, Fritz-Rechberg-Straße beidseitig bis zur Michael-Schnabrich-Straße, Michael-Schnabrich-Straße beidseitig bis zum israelitischen Friedhof, Carl-Strauß-Anlagen, Straße zum Tanzplatz, Städtische Anlagen (südliche Begrenzung), Am Heyrings in Falllinie bis zur Bahnstrecke, Bahnlinie Bad Hersfeld/Treysa bis zur Fuldastraße (Westseite), Eichhofstraße beidseitig bis Abteiweg (Westseite), Stadtmauer unter Einschluss des Kurheims Brandau bis zur Uffhäuser- und Meisebacher Straße.

2. **Bad Nauheim**

   Das Gebiet der Stadt Bad Nauheim nach dem Stande vom 1. Januar 1970.

   Erhebungsgebiet der zweiten Zone (§ 7 Abs. 5) ist der Stadtteil Nieder-Mörlen der Stadt Bad Nauheim.

3. **Schlangenbad**

   Das Gebiet der Gemeinde Schlangenbad nach dem Stande vom 1. Januar 1970.

   Erhebungsgebiet der zweiten Zone (§ 7 Abs. 5) sind die Ortsteile Georgenborn und Wambach der Gemeinde Schlangenbad.

4. **Bad Schwalbach**

   Das Gebiet der Stadt Bad Schwalbach nach dem Stande vom 1. Januar 1970.

*) Ändert GVBl. II 305-48

Anlage 2 zu § 6 Abs. 1

Höhe des Kurbeitrags in den Hessischen Staatsbädern

Art der Kurkarte	Bad Nauheim	Bad Schwalbach	Schlangenbad Bad Hersfeld
	Euro	Euro	Euro
Tageskurkarte	2,85	2,65	2,45
Beikarte für Angehörige	1,80	1,75	1,65
Jahreskurkarte	372,00	345,00	319,00
Jahreskurkarte f. Angehörige	239,00	232,00	219,00
Einwohnerjahreskarte	66,00	63,00	61,00"

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2003 in Kraft.

Wiesbaden, den 20. Juni 2003

Der Hessische Minister
der Finanzen

Weimar

Zweite Verordnung zur Änderung der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz*)

Vom 4. Juli 2003

Aufgrund des § 2 des Gemeindefinanzreformgesetzes in der Fassung vom 4. April 2001 (BGBl. I S. 483), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juni 2003 (BGBl. I S. 862), in Verbindung mit § 1 Nr. 1 der Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen nach § 8 des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 1. Februar 2000 (GVBl. I S. 58) wird verordnet:

Artikel 1

Die Hessische Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz vom 11. März 1998 (GVBl. I S. 87), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. September 2001 (GVBl. I S. 382), wird wie folgt geändert:

1. Die Anlage 1 zu § 1 erhält die aus der Anlage ersichtliche Fassung. **Anlage**
2. § 11 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

   „(3) Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2007 außer Kraft."

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2003 in Kraft.

Wiesbaden, den 4. Juli 2003

Der Hessische Minister
der Finanzen

Weimar

*) Ändert GVBl. II 41-22

Anlage 1
zur Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz

Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab 2003 (§ 1)
– Gebietsstand 1. Januar 2003 –

Land Hessen		**1,0000000**
	RB Darmstadt	**0,6923593**
	RB Gießen	**0,1463693**
	RB Kassel	**0,1612714**
kreisfreie Städte		**0,2310935**
411	**Darmstadt**	**0,0252269**
412	**Frankfurt am Main**	**0,1115895**
413	**Offenbach am Main**	**0,0181630**
414	**Wiesbaden**	**0,0506361**
611	**Kassel**	**0,0254780**
kreisangehörige Gemeinden		**0,7689065**
431 001	Absteinach	0,0004556
431 002	Bensheim	0,0068504
431 003	Biblis	0,0015627
431 004	Birkenau	0,0017986
431 005	Bürstadt	0,0026866
431 006	Einhausen	0,0010787
431 007	Fürth	0,0015620
431 008	Gorxheimertal	0,0007215
431 009	Grasellenbach	0,0004557
431 010	Groß-Rohrheim	0,0006158
431 011	Heppenheim	0,0044114
431 012	Hirschhorn	0,0005626
431 013	Lampertheim	0,0057751
431 014	Lautertal (Odenwald)	0,0011427
431 015	Lindenfels	0,0006883
431 016	Lorsch	0,0020340
431 017	Mörlenbach	0,0016518
431 018	Neckarsteinach	0,0006376
431 019	Rimbach	0,0012869
431 020	Viernheim	0,0054114
431 021	Wald-Michelbach	0,0015226
431 022	Zwingenberg	0,0013076
	Bergstraße	**0,0442196**
432 001	Alsbach-Hähnlein	0,0017738
432 002	Babenhausen	0,0027999
432 003	Bickenbach	0,0010097
432 004	Dieburg	0,0028126
432 005	Eppertshausen	0,0010817
432 006	Erzhausen	0,0013406
432 007	Fischbachtal	0,0003911
432 008	Griesheim	0,0044393
432 009	Groß-Bieberau	0,0007447
432 010	Groß-Umstadt	0,0035422
432 011	Groß-Zimmern	0,0021537
432 012	Messel	0,0007676
432 013	Modautal	0,0007714
432 014	Mühltal	0,0026874
432 015	Münster	0,0024225
432 016	Ober-Ramstadt	0,0026590
432 017	Otzberg	0,0010074
432 018	Pfungstadt	0,0041348
432 019	Reinheim	0,0033624
432 020	Rossdorf	0,0023176
432 021	Schaafheim	0,0012596
432 022	Seeheim-Jugenheim	0,0036075
432 023	Weiterstadt	0,0046753
	Darmstadt-Dieburg	**0,0517618**
433 001	Biebesheim	0,0010878
433 002	Bischofsheim	0,0025309
433 003	Büttelborn	0,0029269
433 004	Gernsheim	0,0016563
433 005	Ginsheim-Gustavsburg	0,0029006
433 006	Groß-Gerau	0,0045467
433 007	Kelsterbach	0,0026531
433 008	Mörfelden-Walldorf	0,0067527
433 009	Nauheim	0,0023910
433 010	Raunheim	0,0021284
433 011	Riedstadt	0,0038767
433 012	Rüsselsheim	0,0109458
433 013	Stockstadt	0,0009074
433 014	Trebur	0,0026459
	Groß-Gerau	**0,0479502**
434 001	Bad Homburg	0,0126866
434 002	Friedrichsdorf	0,0056659
434 003	Glashütten	0,0013768
434 004	Grävenwiesbach	0,0008767
434 005	Königstein	0,0043476
434 006	Kronberg	0,0049723
434 007	Neu-Anspach	0,0031758
434 008	Oberursel	0,0100613
434 009	Schmitten	0,0018661
434 010	Steinbach	0,0023197
434 011	Usingen	0,0027409
434 012	Wehrheim	0,0020552
434 013	Weilrod	0,0011354
	Hochtaunus	**0,0532803**
435 001	Bad Orb	0,0012127
435 002	Bad Soden-Salmünster	0,0016747
435 003	Biebergemünd	0,0012608
435 004	Birstein	0,0008079
435 005	Brachttal	0,0007496
435 006	Bruchköbel	0,0042737
435 007	Erlensee	0,0020629
435 008	Flörsbachtal	0,0002985
435 009	Freigericht	0,0025275
435 010	Gelnhausen	0,0040265
435 011	Großkrotzenburg	0,0013707
435 012	Gründau	0,0024708
435 013	Hammersbach	0,0009648
435 014	Hanau	0,0141483
435 015	Hasselroth	0,0013431
435 016	Jossgrund	0,0004899
435 017	Langenselbold	0,0024196
435 018	Linsengericht	0,0017003
435 019	Maintal	0,0076663
435 020	Neuberg	0,0011354
435 021	Nidderau	0,0040389
435 022	Niederdorfelden	0,0006087
435 023	Rodenbach	0,0024769
435 024	Ronneburg	0,0006126
435 025	Schlüchtern	0,0021895
435 026	Schöneck	0,0023041
435 027	Sinntal	0,0011725
435 028	Steinau an der Straße	0,0013245
435 029	Wächtersbach	0,0017753
	Main-Kinzig	**0,0691070**
436 001	Bad Soden am Taunus	0,0058784
436 002	Eppstein	0,0035729
436 003	Eschborn	0,0047431
436 004	Flörsheim	0,0041487
436 005	Hattersheim	0,0051823
436 006	Hochheim	0,0035805
436 007	Hofheim	0,0091986
436 008	Kelkheim	0,0068234
436 009	Kriftel	0,0027146

436 010	Liederbach	0,0021893
436 011	Schwalbach	0,0033294
436 012	Sulzbach	0,0021663
	Main-Taunus	**0,0535275**
437 001	Bad König	0,0012999
437 002	Beerfelden	0,0008616
437 003	Brensbach	0,0009177
437 004	Breuberg	0,0010343
437 005	Brombachtal	0,0005420
437 006	Erbach	0,0017857
437 007	Fränkisch-Crumbach	0,0005345
437 008	Hesseneck	0,0000967
437 009	Höchst i.Odw.	0,0014590
437 010	Lützelbach	0,0009286
437 011	Michelstadt	0,0023520
437 012	Mossautal	0,0003249
437 013	Reichelsheim	0,0012130
437 014	Rothenberg	0,0003778
437 015	Sensbachtal	0,0001386
	Odenwaldkreis	**0,0138663**
438 001	Dietzenbach	0,0059040
438 002	Dreieich	0,0087155
438 003	Egelsbach	0,0020165
438 004	Hainburg	0,0026799
438 005	Heusenstamm	0,0041266
438 006	Langen	0,0067653
438 007	Mainhausen	0,0013953
438 008	Mühlheim am Main	0,0051688
438 009	Neu-Isenburg	0,0074470
438 010	Obertshausen	0,0048975
438 011	Rodgau	0,0085868
438 012	Rödermark	0,0055724
438 013	Seligenstadt	0,0035732
	Offenbach	**0,0668488**
439 001	Aarbergen	0,0009483
439 002	Bad Schwalbach	0,0019608
439 003	Eltville	0,0033165
439 004	Geisenheim	0,0019649
439 005	Heidenrod	0,0012823
439 006	Hohenstein	0,0010861
439 007	Hünstetten	0,0018090
439 008	Idstein	0,0045311
439 009	Kiedrich	0,0007625
439 010	Lorch	0,0005628
439 011	Niedernhausen	0,0035896
439 012	Oestrich-Winkel	0,0021058
439 013	Rüdesheim am Rhein	0,0014553
439 014	Schlangenbad	0,0013166
439 015	Taunusstein	0,0057994
439 016	Waldems	0,0010774
439 017	Walluf	0,0013939
	Rheingau-Taunus	**0,0349623**
440 001	Altenstadt	0,0021371
440 002	Bad Nauheim	0,0051682
440 003	Bad Vilbel	0,0069429
440 004	Büdingen	0,0030607
440 005	Butzbach	0,0037265
440 006	Echzell	0,0009244
440 007	Florstadt	0,0014752
440 008	Friedberg	0,0046934
440 009	Gedern	0,0009406
440 010	Glauburg	0,0005184
440 011	Hirzenhain	0,0003997
440 012	Karben	0,0048519
440 013	Kefenrod	0,0003811
440 014	Limeshain	0,0009026
440 015	Münzenberg	0,0009165
440 016	Nidda	0,0024796
440 017	Niddatal	0,0018329
440 018	Ober-Mörlen	0,0011401
440 019	Ortenberg	0,0012323
440 020	Ranstadt	0,0007469
440 021	Reichelsheim	0,0010785
440 022	Rockenberg	0,0007001
440 023	Rosbach v. d. Höhe	0,0024389
440 024	Wölfersheim	0,0013334
440 025	Wöllstadt	0,0011981
	Wetterau	**0,0512200**
531 001	Allendorf (Lumda)	0,0005724
531 002	Biebertal	0,0017720
531 003	Buseck	0,0020686
531 004	Fernwald	0,0011798
531 005	Gießen	0,0096795
531 006	Grünberg	0,0018719
531 007	Heuchelheim	0,0013506
531 008	Hungen	0,0017822
531 009	Langgöns	0,0018552
531 010	Laubach	0,0013488
531 011	Lich	0,0019467
531 012	Linden	0,0021163
531 013	Lollar	0,0013077
531 014	Pohlheim	0,0024133
531 015	Rabenau	0,0007698
531 016	Reiskirchen	0,0014906
531 017	Staufenberg	0,0011996
531 018	Wettenberg	0,0022267
	Gießen	**0,0369517**
532 001	Aßlar	0,0019371
532 002	Bischoffen	0,0005013
532 003	Braunfels	0,0017189
532 004	Breitscheid	0,0006637
532 005	Dietzhölztal	0,0008238
532 006	Dillenburg	0,0033489
532 007	Driedorf	0,0007334
532 008	Ehringshausen	0,0012672
532 009	Eschenburg	0,0013713
532 010	Greifenstein	0,0009549
532 011	Haiger	0,0024581
532 012	Herborn	0,0030023
532 013	Hohenahr	0,0007030
532 014	Hüttenberg	0,0016999
532 015	Lahnau	0,0014075
532 016	Leun	0,0007945
532 017	Mittenaar	0,0006863
532 018	Schöffengrund	0,0009724
532 019	Siegbach	0,0003813
532 020	Sinn	0,0009970
532 021	Solms	0,0021215
532 022	Waldsolms	0,0008257
532 023	Wetzlar	0,0072602
	Lahn-Dill	**0,0366302**
533 001	Beselich	0,0007141
533 002	Brechen	0,0010529
533 003	Bad Camberg	0,0025685
533 004	Dornburg	0,0010973
533 005	Elbtal	0,0002725
533 006	Elz	0,0011673
533 007	Hadamar	0,0014663
533 008	Hünfelden	0,0015998
533 009	Limburg an der Lahn	0,0049685
533 010	Löhnberg	0,0005650
533 011	Mengerskirchen	0,0007437
533 012	Merenberg	0,0004587
533 013	Runkel	0,0014418
533 014	Selters (Taunus)	0,0011418
533 015	Villmar	0,0010341
533 016	Waldbrunn (Westerwald)	0,0007691
533 017	Weilburg	0,0019182
533 018	Weilmünster	0,0013915
533 019	Weinbach	0,0006695
	Limburg-Weilburg	**0,0250406**

534 001	Amöneburg	0,0007322
534 002	Angelburg	0,0004347
534 003	Bad Endbach	0,0009951
534 004	Biedenkopf	0,0021017
534 005	Breidenbach	0,0009600
534 006	Cölbe	0,0009809
534 007	Dautphetal	0,0016869
534 008	Ebsdorfergrund	0,0012015
534 009	Fronhausen	0,0005894
534 010	Gladenbach	0,0016263
534 011	Kirchhain	0,0023028
534 012	Lahntal	0,0010436
534 013	Lohra	0,0007678
534 014	Marburg	0,0103106
534 015	Münchhausen	0,0004693
534 016	Neustadt (Hessen)	0,0009718
534 017	Rauschenberg	0,0005624
534 018	Stadtallendorf	0,0025155
534 019	Steffenberg	0,0005730
534 020	Weimar	0,0010683
534 021	Wetter (Hessen)	0,0012806
534 022	Wohratal	0,0002833
	Marburg-Biedenkopf	**0,0334577**
535 001	Alsfeld	0,0022533
535 002	Antrifttal	0,0002422
535 003	Feldatal	0,0003274
535 004	Freiensteinau	0,0003964
535 005	Gemünden (Felda)	0,0003593
535 006	Grebenau	0,0003559
535 007	Grebenhain	0,0005990
535 008	Herbstein	0,0005949
535 009	Homberg (Ohm)	0,0010837
535 010	Kirtorf	0,0003711
535 011	Lauterbach	0,0019905
535 012	Lautertal (Vogelsberg)	0,0003284
535 013	Mücke	0,0013136
535 014	Romrod	0,0003441
535 015	Schlitz	0,0010824
535 016	Schotten	0,0013567
535 017	Schwalmtal	0,0003883
535 018	Ulrichstein	0,0003578
535 019	Wartenberg	0,0005441
	Vogelsberg	**0,0142891**
631 001	Bad Salzschlirf	0,0003185
631 002	Burghaun	0,0008010
631 003	Dipperz	0,0003955
631 004	Ebersburg	0,0004971
631 005	Ehrenberg (Rhön)	0,0002674
631 006	Eichenzell	0,0013835
631 007	Eiterfeld	0,0008328
631 008	Flieden	0,0010249
631 009	Fulda	0,0076353
631 010	Gersfeld (Rhön)	0,0005972
631 011	Großenlüder	0,0011134
631 012	Hilders	0,0005025
631 013	Hofbieber	0,0006916
631 014	Hosenfeld	0,0005495
631 015	Hünfeld	0,0018952
631 016	Kalbach	0,0006876
631 017	Künzell	0,0024086
631 018	Neuhof	0,0013502
631 019	Nüsttal	0,0002858
631 020	Petersberg	0,0022651
631 021	Poppenhausen	0,0002733
631 022	Rasdorf	0,0001781
631 023	Tann (Rhön)	0,0003934
	Fulda	**0,0263475**
632 001	Alheim	0,0005228
632 002	Bad Hersfeld	0,0040313
632 003	Bebra	0,0017395
632 004	Breitenbach a. Herzberg	0,0002056
632 005	Cornberg	0,0001499
632 006	Friedewald	0,0003244
632 007	Hauneck	0,0004235
632 008	Haunetal	0,0003445
632 009	Heringen (Werra)	0,0009757
632 010	Hohenroda	0,0004132
632 011	Kirchheim	0,0004624
632 012	Ludwigsau	0,0006900
632 013	Nentershausen	0,0003630
632 014	Neuenstein	0,0003493
632 015	Niederaula	0,0006677
632 016	Philippsthal	0,0005977
632 017	Ronshausen	0,0003026
632 018	Rotenburg a.d. Fulda	0,0018348
632 019	Schenklengsfeld	0,0006064
632 020	Wildeck	0,0006143
	Hersfeld-Rotenburg	**0,0156186**
633 001	Ahnatal	0,0014127
633 002	Bad Karlshafen	0,0004927
633 003	Baunatal	0,0043441
633 004	Breuna	0,0004563
633 005	Calden	0,0011829
633 006	Emstal	0,0008590
633 007	Espenau	0,0007777
633 008	Fuldabrück	0,0016305
633 009	Fuldatal	0,0018437
633 010	Grebenstein	0,0008278
633 011	Habichtswald	0,0007956
633 012	Helsa	0,0007389
633 013	Hofgeismar	0,0020625
633 014	Immenhausen	0,0010757
633 015	Kaufungen	0,0018354
633 016	Liebenau	0,0003944
633 017	Lohfelden	0,0019037
633 018	Naumburg	0,0006551
633 019	Nieste	0,0002505
633 020	Niestetal	0,0016994
633 021	Oberweser	0,0004644
633 022	Reinhardshagen	0,0006989
633 023	Schauenburg	0,0016100
633 024	Söhrewald	0,0007873
633 025	Trendelburg	0,0006471
633 026	Vellmar	0,0031918
633 027	Wahlsburg	0,0002663
633 028	Wolfhagen	0,0016455
633 029	Zierenberg	0,0009853
	Kassel	**0,0355352**
634 001	Borken (Hessen)	0,0016353
634 002	Edermünde	0,0011966
634 003	Felsberg	0,0015963
634 004	Frielendorf	0,0009276
634 005	Fritzlar	0,0020254
634 006	Gilserberg	0,0003649
634 007	Gudensberg	0,0012507
634 008	Guxhagen	0,0008775
634 009	Homberg (Efze)	0,0018311
634 010	Jesberg	0,0002951
634 011	Knüllwald	0,0006293
634 012	Körle	0,0005044
634 013	Malsfeld	0,0005577
634 014	Melsungen	0,0022582
634 015	Morschen	0,0004758
634 016	Neuental	0,0003903
634 017	Neukirchen	0,0008745
634 018	Niedenstein	0,0008309
634 019	Oberaula	0,0003574
634 020	Ottrau	0,0002482
634 021	Schrecksbach	0,0003809
634 022	Schwalmstadt	0,0023976
634 023	Schwarzenborn	0,0001179
634 024	Spangenberg	0,0008869

634 025	Wabern	0,0009343
634 026	Willingshausen	0,0006200
634 027	Bad Zwesten	0,0005439
	Schwalm-Eder	**0,0250087**
635 001	Allendorf (Eder)	0,0007547
635 002	Bad Arolsen	0,0020283
635 003	Bad Wildungen	0,0019971
635 004	Battenberg (Eder)	0,0007377
635 005	Bromskirchen	0,0002032
635 006	Burgwald	0,0007276
635 007	Diemelsee	0,0004957
635 008	Diemelstadt	0,0006310
635 009	Edertal	0,0007313
635 010	Frankenau	0,0003878
635 011	Frankenberg (Eder)	0,0025266
635 012	Gemünden (Wohra)	0,0004519
635 013	Haina (Kloster)	0,0004455
635 014	Hatzfeld (Eder)	0,0004148
635 015	Korbach	0,0030943
635 016	Lichtenfels	0,0004798
635 017	Rosenthal	0,0002589
635 018	Twistetal	0,0005427
635 019	Vöhl	0,0006760
635 020	Volkmarsen	0,0007918
635 021	Waldeck	0,0008542
635 022	Willingen (Upland)	0,0007025
	Waldeck-Frankenberg	**0,0199334**
636 001	Bad-Sooden-Allendorf	0,0009676
636 002	Berkatal	0,0002190
636 003	Eschwege	0,0025312
636 004	Großalmerode	0,0009357
636 005	Herleshausen	0,0003054
636 006	Hessisch Lichtenau	0,0017511
636 007	Meinhard	0,0007100
636 008	Meissner	0,0004299
636 009	Neu-Eichenberg	0,0002782
636 010	Ringgau	0,0003730
636 011	Sontra	0,0009184
636 012	Waldkappel	0,0005510
636 013	Wanfried	0,0005004
636 014	Wehretal	0,0006855
636 015	Weissenborn	0,0001118
636 016	Witzenhausen	0,0020818
	Werra-Meißner	**0,0133500**

Verordnung zur Änderung der Verordnung über pauschale Investitionszuweisungen zum Bau von Abwasseranlagen*)

Vom 8. Juli 2003

Aufgrund des § 32 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 8. Februar 2001 (GVBl. I S. 146), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2002 (GVBl. I S. 797), wird nach Anhörung der kommunalen Spitzenverbände im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen und dem Minister des Innern und für Sport verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über pauschale Investitionszuweisungen zum Bau von Abwasseranlagen vom 26. April 2002 (GVBl. I S. 97) wird wie folgt geändert:

1. § 4 erhält folgende Fassung:

   „Zuständig im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 Satz 2 und 4 ist die Obere Wasserbehörde, wenn für die betroffene Anlage die Erteilung einer Genehmigung erforderlich ist und hierfür die Obere Wasserbehörde zuständig ist. Sie ist auch für alle mit dieser Anlage in Verbindung stehenden Kanäle sowie nicht angeschlossene Anlagen im Einzugsbereich dieser genehmigten Anlage zuständig. In allen anderen Fällen ist die Untere Wasserbehörde zuständig. Außer im Fall des § 3 Abs. 2 Satz 3 kann das für die Wasserwirtschaft zuständige Ministerium Aufgaben im Rahmen der Abwicklung der Landesprogramme auf die Obere Wasserbehörde übertragen."

2. Die Anlage zu § 2 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

   a) In Nr. 1.1 erhält der 4. Absatz folgende Fassung:

      „Zur Berücksichtigung der im ländlichen Raum höheren einwohnerspezifischen Kosten für die Kanalsysteme erfolgt bei Baumaßnahmen der Ortskanalisation in Abhängigkeit von der Einwohnerdichte in der betroffenen Gemeinde, bei Maßnahmen der Verbindungssammler und Entlastungskanäle außerhalb bebauter Ortslagen dagegen in Abhängigkeit von der mittleren Einwohnerdichte aller Gemeinden des gesamten gemeindlichen Gebietes im Sinne der KomAbw-VO ein Zuschlag zu dem nach Nr. 1.2 bis 1.5 insgesamt errechneten Betrag."

   b) Nr. 1.5 erhält folgende Fassung:

      „1.5 Druck- und Unterdruckleitungen

      Für die Herstellung in herkömmlicher Bauweise werden 70 v.H. der Kosten für Freispiegelleitungen nach Nr. 1.2 bis 1.4 (zuzüglich Pumpwerk oder Vakuumstation nach Nr. 3.3.9) in Ansatz gebracht. Für nicht in herkömmlicher Bauweise ausgeführte Leitungen (z. B. eingefräst, gepflügt, eingespült) liegt der Kostenrichtwert bei 100,- EUR/m einschließlich der notwendigen Pumpwerke oder Vakuumstationen. Kommen beide Bauweisen für die Leitungen zur Anwendung, sind die Kosten für das Pumpwerk oder die Vakuumstation anteilig nur für die in herkömmlicher Bauweise verlegte Leitungslänge zu berücksichtigen."

   c) In Nr. 2.1 erhält der 6. Absatz folgende Fassung:

      „Zur Berücksichtigung der im ländlichen Raum höheren einwohnerspezifischen Kosten erfolgt bei Baumaßnahmen von Abwasseranlagen nach Nr. 2 im Bereich der Ortskanalisation in Abhängigkeit von der Einwohnerdichte in der betroffenen Gemeinde, außerhalb der Ortskanalisation dagegen in Abhängigkeit von der mittleren Einwohnerdichte aller Gemeinden des gesamten gemeindlichen Gebietes im Sinne der KomAbw-VO ein Zuschlag zu dem nach Nr. 2 insgesamt errechneten Betrag:"

   d) In Nr. 2.5 erhält der 2. Absatz folgende Fassung:

      „Die besonderen Vorteile des Baues von Bodenfiltern für die Entlastung der Gewässer und die erhöhten Gesamtkosten für die Regen- und Mischwasserbehandlung durch die Einrichtung dieser zusätzlichen Reinigungsstufe sind durch einen pauschalen Zuschlag auf den aus dem Kostenrichtwert ermittelten Betrag für den Bodenfilter in Höhe von 45 v.H. zu berücksichtigen. Die in Nr. 2.1 im letzten Absatz genannten Zuschläge sind für Bodenfilter zu halbieren."

   e) In Nr. 3.3.1 wird im 4. Absatz die Angabe „3.3.2" durch „3.3.3" ersetzt.

   f) Nr. 3.3.6.5 wird aufgehoben.

   g) In Nr. 3.3.9 Satz 2 werden nach dem Wort „Abwasserpumpwerke" die Worte „und Vakuumstationen" eingefügt.

Artikel 2

Für Zuweisungen, die vor In-Kraft-Treten dieser Verordnung gewährt worden sind, gilt das bisherige Recht fort, es sei denn, dass sich infolge der Änderungen einer Maßnahme eine Erhöhung der Zuweisung ergeben würde.

*) Ändert GVBl. II 85-57

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 8. Juli 2003

Der Hessische Minister
für Umwelt, ländlichen Raum
und Verbraucherschutz

Dietzel

Anordnung über die Zuständigkeit zur Berufung von Bundesbediensteten als Beisitzer der Fachkammern (Fachsenate) nach dem Bundespersonalvertretungsgesetz*)

Vom 16. Juli 2003

Aufgrund des § 84 Abs. 2 Satz 3 des Bundespersonalvertretungsgesetzes vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 693), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Juli 2001 (BGBl. I S. 1510), wird bestimmt:

§ 1

Die Zuständigkeit zur Berufung der Beisitzer nach § 84 Abs. 2 Satz 3 des Bundespersonalvertretungsgesetzes wird auf die Präsidentin oder den Präsidenten des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs übertragen.

§ 2

Diese Anordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2008 außer Kraft.

Wiesbaden, den 16. Juli 2003

Hessische Landesregierung

Der Ministerpräsident
Koch

Der Minister der Justiz
Dr. Wagner

*) GVBl. II 212-16

GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT FÜR DAS LAND HESSEN

TEIL II

Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts

Gesetz- und Verordnungsblatt

Das Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen Teil II ist wieder lieferbar.
Die Loseblattsammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts ist in sechs Ordnern mit über 5000 Seiten erhältlich.
Herausgeber ist das Hessische Ministerium der Justiz.
Es enthält alle gültigen Rechtsvorschriften des Landes Hessen.
Eine „Gliederung", das „Stichwortverzeichnis sowie das „Verzeichnis der geltenden landesrechtlichen Vorschriften nach Sachgebieten geordnet", in dem auch außer Kraft getretene Vorschriften aufgeführt sind, erleichtern die Handhabung des nach sachlichen Gesichtspunkten aufgebauten Werkes sehr.
Mehrmals im Jahr erscheinen Ergänzungslieferungen im Abonnement.

Gesetz- und Verordnungsblatt digital

Das Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen Teil II ist auch digital auf CD-ROM lieferbar.
Die CD des bereinigten Hessischen Landesrechts enthält alle Seiten der Loseblattsammlung.
Es enthält alle gültigen Rechtsvorschriften des Landes Hessen.
Eine „Gliederung", das „Stichwortverzeichnis sowie das „Verzeichnis der geltenden landesrechtlichen Vorschriften nach Sachgebieten geordnet", in dem auch außer Kraft getretene Vorschriften aufgeführt sind, erleichtern die Handhabung des nach sachlichen Gesichtspunkten aufgebauten Werkes sehr.
Eine integrierte Suchfunktion sowie ein verlinktes Inhaltsverzeichnis ermöglichen Ihnen den schnellen Zugriff auf benötigte Informationen.
Mehrmals im Jahr erscheinen Updates im Abonnement.

Bernecker Verlag

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Unterschrift

Ja, ich möchte das Gesetz und Verordnungsblatt Teil II als

○ Loseblattsammlung in sechs Ordnern	Euro 272,00
Ergänzungslieferungen pro Seite	Euro 0,075
○ CD-ROM-Gesamtausgabe für	
○ MAC ○ Windows	je Euro 272,00
Updates	je Euro 108,00
Bei gleichzeitigem Bezug der Loseblattausgabe:	
Gesamtausgabe	**Euro 105,00**
jedes Update	**Euro 81,00**

Bestellung bitte an: A. Bernecker Verlag, Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen
Tel. (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 7 31-4 00

Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 14 00
ISDN: (0 56 61) 73 13 61, Internet: www.bernecker.de

Druck: A. Bernecker GmbH & Co. Druckerei KG,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 12 89

Vertrieb und Abonnementverwaltung:
Faber Direktmarketing, Bunsenstraße 200, 34127 Kassel,
Tel.: (05 61) 9 83 66 25, Fax: (05 61) 9 83 66 33

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31. Dezember müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistungen.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 53,40 EUR einschl. MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang von 16 Seiten EUR 3,83. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis um 3,06 EUR je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung.